

## Zusammenfassung der Themenvorschläge von den Anwesenden der öffentlichen Sitzung am 16.09.2019

Die insgesamt 33 Teilnehmer und Teilnehmerinnen an der anonymen Abstimmung, sowohl die persönlich Anwesenden als auch jene die nicht vor Ort sein konnten, hatten per Online-Tool Mentimeter<sup>1</sup>© die Möglichkeit für sie wichtige Themen, Fragen bzw Probleme zu formulieren.

Gleichzeitig konnte aus den eingebrachten Vorschlägen wiederum die Gesamtheit der TeilnehmerInnen das für sie wichtigste Thema benennen bzw dafür voten.

Wir haben versucht aus der Gewichtung, die aus dem Voting hervorging, Themenkomplexe zu formen. Hierbei haben sich drei Themenkreise als von besonderer Bedeutung für die betroffenen Teilnehmer und Teilnehmerinnen bzw deren Vertretungen herausgestellt: Zuvorderst das Thema *Arbeit und Behinderung* bzw *Zugang zu Bildung* gefolgt von Fragen zur *Wohnsituation* und rund um das *Persönliche Budget*.

- *Arbeit und Behinderung* bzw *Zugang zu Bildung*

Die zentrale Forderung in diesem Bereich ist die nach einer Ausbildungspflicht bis zum 18. Lebensjahr. Dies würde im Gegensatz zu einer schulischen Integration lediglich bis zum Ende der Unterstufe höherqualifizierte Ausbildungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen eröffnen. Dazu gehört auch die Forderung nach mehr Lehrstellen, um - dies ein weiterer wichtiger Wunsch - Arbeitsplätze am 1. Arbeitsmarkt zu ermöglichen, schließlich wünschen sich Menschen mit Behinderungen eine ordentliche Entlohnung anstelle eines Taschengeldes in „geschützten Werkstätten“. Bedeutend im Bereich der schulischen Bildung erscheint die Frage, inwieweit die Schulassistenz in der bestehenden Form der Einübung und dem Erlernen von Inklusion dienlich ist. Eine wesentliche Hilfe in diesem Bereich wäre die Implementierung von Peer-Beratern und -Beraterinnen als zentrale Anlaufstelle zur Beratung in diesem Bereich<sup>2</sup>.

- *Wohnen*

Hier gilt die Sorge der TeilnehmerInnen der Frage inwieweit die derzeitigen gesetzlichen Bestimmungen (StBHG, Stmk BauG) die Wahlfreiheit von Menschen mit Behinderungen gewährleisten, va wenn in einer Beziehung beide Partner von einer Behinderung betroffen sind?

- *Persönliches Budget*

In diesem Bereich machen die TeilnehmerInnen große Unterschiede bei der Handhabung in den steirischen Bezirkshauptmannschaften aus. Schwierig ist va der Zugang zum Persönlichen Budget für Menschen mit Lernschwierigkeiten und Beeinträchtigungen im psychischen und mentalen Bereich. Die Möglichkeit des Persönlichen Budgets scheint noch nicht allen potentiell Bezugsberechtigten bekannt zu sein.

Neben diesen Themenkreisen ist den Teilnehmern und Teilnehmerinnen die Einbindung der betroffenen Personengruppen bei politischen Entscheidungsprozessen (Wahlen) und bei der Gesetzgebung, wie sie die

---

<sup>1</sup> Ein Mentimeter ist ein interaktives Online-Präsentations-Programm.

<sup>2</sup> Siehe dazu den bereits laufenden Lehrgang: <https://www.fh-joanneum.at/weiterbildung/akademische-peer-beraterin-akademischer-peer-berater/> (Stand: November 2019).

Artikel 4 (3) und 29 der UN-BRK formulieren, sowie die Förderung von Sensibilisierungsmaßnahmen bzw. Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung ein Anliegen.

Im Bereich der Kommunikation und der Medien gibt es Forderungen nach einem barrierefreien Internet, Formularen in LL, der Untertitelung von Fernsehsendungen und Barrierefreiheit beim Sprachenerwerb.

Gewünscht wird ebenfalls mehr Vielfalt bei barrierefreien Freizeitaktivitäten für alle Altersgruppen (etwa das Spannungsfeld Denkmalschutz und Barrierefreiheit).

Folgende Themen, Fragen bzw. Probleme (gekürzte, zusammengefasste bzw. korrigierte Fassung) wurden von den einzelnen Personen genannt<sup>3</sup>:

- Ausbildungspflicht bis 18
- Arbeitsplätze am ersten Arbeitsmarkt bzw. mehr Arbeitsplätze und Ausbildungen für Menschen mit Behinderungen
- Mehr Ausbildungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung
- Wahlfreiheit für die Lebensform in Bezug auf Wohnen und Arbeiten
- Förderung von Sensibilisierungsmaßnahmen in der Bevölkerung
- Einbindung von Betroffenen in der Gesetzgebung und bei Entscheidungsprozessen
- Implementierung von Peer-Beratern und Beraterinnen als zentrale Anlaufstelle
- Persönliches Budget (ua auch für Menschen mit Lernschwierigkeiten bzw. psychischer Beeinträchtigung)
- Wohnen für Liebepaare im Rollstuhl
- Gehalt statt Taschengeld in geschützten Werkstätten
- Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen bzw. Förderung von Entstigmatisierungskampagnen für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen
- Definition des Begriffes „Behinderung“ in § 1a StBHG (Ausschluss von Menschen mit „altersbedingten“ Erkrankungen)
- Begleitung von Menschen mit Behinderung in der dritten und vierten Lebensphase - wie können wir diese neuen Begleitleistungen sicherstellen?
- Barrierefreie Wahl gem. Artikel 29 UN-BRK
- Wie sieht es mit dem Wahlangebot bei Leistungen nach StBHG aus?
- Garantiert das StBHG, dass alle Menschen mit Behinderungen frei wählen können, wo, wie und mit wem sie wohnen möchten, egal wie alt sie sind?
- Einrichtung von Beratungsstellen für chronische Erkrankungen
- Hilft die Schulassistenz so wie sie heute ist, dass alle Inklusion erlernen und einüben - oder verhindert sie das?
- Einbringung von schweren, chronisch psychisch Kranken in das StBHG

---

<sup>3</sup> Diese Liste dient zur Veranschaulichung der eingebrachten Themen und stellt keinen Anspruch auf Vollständigkeit dar. Sollte ein Thema, welches Ihnen besonders wichtig ist, nicht genannt sein, würde sich der Steiermärkische Monitoringausschuss jederzeit gerne über eine Nachricht Ihrerseits freuen, in dem sie uns Ihr Anliegen erläutern.

- Barrierefreier Internetzugang und Formulare in Leicht Lesen
- Inklusive Bildung in Gefahr
- Fehlender One-Stop-Shop
- Barrierefreie Kommunikation
- Mehr Vielfalt barrierefreier Freizeitaktivitäten, sowohl für Kinder, Heranwachsende als auch Erwachsene
- Barrierefreiheit in öffentlichen Einrichtungen
- Mehr Inklusive Teilhabe an der Gesellschaft
- Barrierefreiheit bei denkmalgeschützten Einrichtungen
- Mehr Inklusion statt Integration
- Demokratiedefizit bei Gesetzeswerdung
- Barrierefreiheit in Medien für alle zB Untertitel
- Telebanking für blinde Menschen
- Wie kann man Inklusion wirklich vermitteln?
- Wie weit erfüllt das steirische Pflegeheimgesetz die Anforderungen der UN-BRK?
- Erwachsenenvertretung: Förderung und Stärkung der Kommunikation mit dem Klienten/der Klientin
- Bessere Barrierefreiheit bei Fernbussen
- Ist die wissenschaftlich fundierte und international etablierte interdisziplinäre Frühförderung und Familienbegleitung für Kinder mit Behinderung ausreichend realisiert?
- Neue alternative Wohnformen
- Sprachen Lernen für Vollblinde
- Barrierefreie Durchsagen im öffentlichen Verkehr
- Mehr barrierefreie Taxis ohne lange Anmeldezeiten

Der Steiermärkische Monitoringausschuss wird sich mit dieser Liste eingehend beschäftigen und ein neues Prüfsthema festlegen. Im Rahmen seiner Möglichkeiten werden auch die anderen Probleme, Themen und Fragen sukzessive aufgegriffen und bearbeitet.

Zum Thema Definition des Begriffes „Behinderung“ des § 1a StBHG hat der Steiermärkische Monitoringausschuss bereits eine Stellungnahme veröffentlicht, welche unter dem Menüpunkt „Stellungnahmen“ auf der Homepage eingesehen werden kann.